

Hans-Georg Wieck¹

Die demokratische Zivilgesellschaft - Alternative zum autokratischen Lukaschenko-Regime in Belarus

*Das Wirken der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Belarus 1999-2001*²

In den vergangenen sechs Jahren haben die drei großen europäischen Institutionen - die OSZE, der Europarat und die Europäische Union - die Entwicklung demokratischer Strukturen in der belarussischen Zivilgesellschaft als politische Alternative zum autokratischen Lukaschenko-System gefördert, das im November 1996 auf dem Wege eines konstitutionellen Staatsstreiches dem Land oktroyiert worden war. Seither wird das Lukaschenko-Regime von der Russischen Föderation politisch und wirtschaftlich gestützt.

Die Reformfähigkeit des Lukaschenko-Regimes auf dem Prüfstand

Nach dem Fehlschlag der alternativen Präsidentschaftswahlen im Mai 1999³ hatte Alexander Lukaschenko von der westlichen Reaktion auf den Verlust seiner demokratischen Legitimation unmittelbar nichts zu befürchten. Auf einem anderen Felde aber erlitt er eine schmerzliche Niederlage, die er durch die Öffnung zum Westen zu kompensieren hoffte: In buchstäblich letzter Minute hatte sich Boris Jelzin auf Grund von Interventionen einflussreicher russischer politischer Kreise (u.a. Anatoli Tschubais) im Sommer 1999 Lukaschenkos Plan entzogen, Direktwahlen zum Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Union zwischen der Russischen Föderation und Belarus durchzuführen, bei denen Jelzin als Kandidat für das Präsidentenamt und Lukaschenko als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten antreten sollten. Die Wahlen sollten zeitgleich in Russland und Belarus stattfinden. Angesichts seiner durch systematische Reisen in Russland geförderten Popularität hätte Lukaschenko sicher sein können, mit großer Mehrheit auch in Russland als

1 Botschafter Dr. Hans-Georg Wieck war von Dezember 1997 bis Dezember 2001 Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Belarus. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

2 Der Beschluss zur Einrichtung der Berater- und Beobachtergruppe wurde am 18. September 1997 vom Ständigen Rat der OSZE verabschiedet. Die Gruppe erhielt den Auftrag, die belarussischen Behörden bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen zu unterstützen und beides zu beobachten. Vgl. OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 185, PC.DEC/185, 18. September 1997. Über den Zeitraum von 1997 bis 1999 vgl. Hans-Georg Wieck, Die Berater- und Beobachtergruppe der OSZE in Belarus, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1999, Baden-Baden 1999, S. 209-219.

3 Vgl. ebenda, S. 215-216.

Vizepräsident der Union gewählt zu werden. Lukaschenko fühlte sich verraten und näherte sich dem Westen an - aus taktischen Gründen, wie man später feststellen musste.

Angesichts der innenpolitischen Konfrontation in Belarus hatten sich die *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE unter der Leitung des ehemaligen rumänischen Außenministers Adrian Severin und die OSZE-Berater- und -Beobachtergruppe in Belarus bemüht, Brücken für neue Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über ein begrenztes Reformprogramm zu schlagen. Das gelang nach einer mehrtägigen informellen Konferenz führender Vertreter der Opposition und nichtstaatlicher Organisationen unter Mitwirkung der OSZE und des Europarats, die am 11.-14. Juni 1999 in einem Kurort in der Nähe von Bukarest stattgefunden hatte. Den Gesprächen hatte sich die Regierung letztlich fern gehalten, war dann aber mit dem Ergebnis einverstanden, wie Adrian Severin und ich in meiner Eigenschaft als Leiter der Berater- und Beobachtergruppe in einer mehrstündigen Unterhaltung mit Präsident Lukaschenko am 15. Juli 1999 feststellen konnten.⁴

Nach Bildung eines „Konsultativrats der politischen Oppositionsparteien“⁵ mit rotierendem Vorsitz und der Einsetzung von Expertengruppen zu Fragen des Verhandlungsverfahrens, der Parlamentsrechte sowie des Wahlgesetzes und für Medienprobleme wurden Vorverhandlungen über vertrauensbildende Fragen vereinbart, die im September 1999 unter Mitwirkung der OSZE-Gruppe als Berater und Beobachter begannen. Sie hatten die Aufgabe, den Zugang der Opposition zu den staatlichen Medien für die Zeit der Verhandlungen zu regeln. Der Präsident ernannte für diese Vorverhandlungen seinen engsten Mitarbeiter, Michail Sassonow, der schon die Verhandlungen mit der Russischen Föderation über den Unionsvertrag geführt hatte. Überraschend zügig erbrachten die Verhandlungen, die auf Seiten der Opposition von dem ehemaligen Verfassungsrichter und Leiter der Expertengruppe „Medien“ Michail Pastuchow geleitet wurden, ein erstes befriedigendes Ergebnis. Es sah den regelmäßigen und unzensierten Zugang der Opposition zu den staatlich

4 Lukaschenko akzeptierte, dass mit der Opposition Gespräche unter der Schirmherrschaft der OSZE über freie und faire Parlamentswahlen im Jahr 2000 und eine Regelung der damit verbundenen Fragen geführt werden sollten.

5 Beteiligte Parteien waren: Kommunistische Partei von Belarus (Vorsitzender Sergei Kaljakin; es gibt unter Vorsitz von Schikin auch eine pro-Lukaschenko Partei der Kommunisten), Sozialdemokratische Partei Gramada (Vorsitzender Stanislaw Schuschkewitsch; Präsident des 12. Obersten Sowjets und damit Staatspräsident von 1990-1994), Sozialdemokratische Partei Nationale Gramada (Vorsitzender Nikolai Statkewitsch), Vereinigte Bürgerpartei (Vorsitzender Stanislaw Bogdankewitsch, früher Präsident der Zentralbank; im Jahre 2000 folgte ihm Anatoli Lebedko im Vorsitz), Belarussische Volksfront (gegründet 1988 von Sianon Pasniak, seit 1994 im Exil; die Partei spaltete sich im Jahre 2000; die Christlich-Konservative Partei wurde vom Exil aus von Pasniak geführt; die BNV selbst wurde dann von Wintsuk Wiatschorka geleitet), Partei der Arbeit (Gewerkschaftspartei, den Sozialdemokraten nahestehend; Vorsitzender Lemeschonek, später Alexander Buchostow), die Frauen-Partei „Nadseja“ (Gewerkschaften nahestehend; Vorsitzende Walentina Polewikowa) und die Liberaldemokratische Partei. Die Demokratische Partei Jabloko konnte dem Konsultativrat nicht beitreten, da sie in Belarus nicht als Partei registriert ist.

kontrollierten elektronischen und Printmedien vor. Am 29. Oktober und am 5. November 1999 - rechtzeitig vor dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten am 18./19. November 1999 in Istanbul - wurden das Protokoll und eine technische Zusatzvereinbarung über den Zugang der Opposition zu den staatlich kontrollierten Massenmedien unterzeichnet, von deren Genehmigung durch den Präsidenten man ausging. Kurz nach dem OSZE-Gipfeltreffen wurde jedoch deutlich, dass es innerhalb des Lukaschenko-Systems unterschiedlichen Widerstand gegen dieses Abkommen gab - vor allem von den Journalisten der Staatspresse und den Verbänden der Kriegsveteranen, den vaterländischen Vereinigungen. Lukaschenko zog sein Einverständnis mit dem Verhandlungsergebnis zurück und erteilte die endgültige Genehmigung letztendlich nicht. Retrospektiv ist es zulässig, die Ernsthaftigkeit der Verhandlungsabsichten und der Verhandlungsbereitschaft des Lukaschenko-Regimes überhaupt kritisch zu hinterfragen und in Zweifel zu ziehen. Die katastrophalen Folgen einer Phase der Offenheit waren den Vertretern des autoritären Staates angesichts des Schicksals von Michail Gorbatschow nach seiner „Glasnost“-Kampagne nur allzu geläufig.

In der anschließenden Phase des vom System gesteuerten „Öffentlichen politischen Dialogs“ (Februar - Mai 2000) kam es zu - jedenfalls von der Regierung - unerwarteten Auseinandersetzungen der nichtstaatlichen Organisationen mit den Vertretern des Regimes über die Pressefreiheit und den Zugang der Opposition zu den staatlich kontrollierten Medien, obschon sich die Oppositionsparteien und die für einen europäischen Demokratiebegriff stehenden nichtstaatlichen Organisationen nur marginal, wenn überhaupt beteiligten. Der Vorsitzende des „Öffentlichen politischen Dialogs“, der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, Wladimir Russakewitsch, ging auf Vorschläge der OSZE-Berater- und -Beobachtergruppe ein, am Rande des öffentlichen Dialogs gesonderte Gespräche über Reformschritte zwischen der Präsidialverwaltung und den Vertretern des Konsultativrates der politischen Oppositionsparteien zu führen. Nach einigen sondierenden Gesprächen zwischen beiden Seiten - unter Mitwirkung der OSZE-Mission - wurde Russakewitsch von seinen Funktionen entbunden und als Botschafter nach Peking gesandt. Dies zeigt, wie nervös der Präsident auf jede Entwicklung reagierte, die zu neuen Verhandlungen mit der Opposition über Reformschritte führten. Ähnliches wiederholte sich nach den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2001 mit einem weiteren seiner engsten Berater, Sergei Possochow.

Bei der abschließenden großen Aussprache des „Öffentlichen politischen Dialogs“ am 30. Mai 2000 im Palast der Republik, die unter dem Vorsitz von Lukaschenko und mit der Beteiligung der Vertreter von 110 Organisationen stattfand, standen sich die Positionen des Präsidenten und des Leiters der OSZE-Mission diametral und unversöhnlich gegenüber. Die Auseinandersetzung wurde in aller Offenheit ausgetragen.

Damit endete die kurze, aber intensive Phase der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Opposition und OSZE-Mission - eine Zusammenarbeit, die in

dem sehr positiv und konstruktiv verfassten Absatz 22 der gemeinsamen Gipfelerklärung, die die Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten, einschließlich Lukaschenkos, am 19. November 1999 auf dem Gipfeltreffen in Istanbul verabschiedeten, ihren klaren Ausdruck gefunden hatte.⁶ Die Istanbul Erklärung diente als Grundlage für die aktive Gestaltung der Konsultationen in meist parallelen Prozessen mit der Regierung und mit den Oppositionsparteien, aber auch mit zahlreichen nichtstaatlichen Organisationen in Vorbereitung auf die Parlamentswahlen am 15. Oktober 2000 und auf die Präsidentschaftswahlen am 9. September 2001. Die Istanbul Erklärung hebt die positive Rolle der OSZE-Mission in Belarus infolge ihrer direkten Kontakte zu Regierung, Opposition und nichtstaatlichen Organisationen hervor und sieht in diesen Kontakten die Grundlage für einen fruchtbaren Dialog, der zu freien und demokratischen Wahlen führen soll, sowie für die Überwindung des Verfassungskonflikts.

Nach den Parlamentswahlen im Jahre 2000, bei denen eine sehr wirksame unabhängige einheimische Wahlbeobachtung zustande gebracht wurde, erkannte Präsident Lukaschenko die Gefahren für sein Regime, das sich plötzlich einer Zivilgesellschaft gegenüber sah, die sich unter Mitwirkung internationaler Organisationen (OSZE, Europarat, Europäisches Parlament) vom autoritären Regime emanzipierte und eigene politische Strukturen aufbaute, die sich nicht nur der Kontrolle und dem Einfluss des autoritären Regimes entzogen, sondern auch wirksam agieren konnten.

Seit November 2000 kämpfte das Lukaschenko-Regime gegen die Aktivitäten der OSZE-Mission, die sich auf die offizielle Auslegung des Mandats von 1997 durch die Staats- und Regierungschefs in der Istanbul Erklärung vom 19. November 1999 stützen konnte. Diese Interpretation hätte nur durch einen neuen OSZE-Gipfelbeschluss korrigiert werden können.

In Vorbereitung auf die Parlamentswahlen 2000 unterstützte die OSZE-Mission den Aufbau eines landesweiten Netzes von nichtstaatlichen Organisationen zur Durchführung einer umfassenden, alle Phasen der Wahlvorbereitung einschließenden einheimischen Wahlbeobachtung. Regierungen europäischer OSZE-Teilnehmerstaaten stellten zusammen mit der Europäischen Kommission der Europäischen Union die nicht unerheblichen Mittel bereit, die zum

6 „Wir unterstützen mit Nachdruck die Arbeit der Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus, die bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen mit den Behörden von Belarus sowie mit Oppositionsparteien und -führern und NGOs eng zusammenarbeitet und auf diese Weise eine Lösung des Verfassungskonflikts in Belarus erleichtert. Wir unterstreichen, dass nur ein echter politischer Dialog in Belarus den Weg zu freien und demokratischen Wahlen ebnet, die ihrerseits die Grundlage für die Entwicklung einer echten Demokratie sind. Wir würden rasche Fortschritte in diesem politischen Dialog unter Beteiligung der OSZE in enger Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE begrüßen. Wir betonen, dass alle verbleibenden Hindernisse für diesen Dialog beseitigt werden müssen und deshalb die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit einzuhalten sind.“ Gipfelerklärung von Istanbul, November 1999, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2000, Baden-Baden 2000, S. 441-454, hier: S. 448.

Aufbau des landesweiten Netzwerkes mit entsprechender technischer Ausrüstung, Schulung und Einführung in die verschiedenen Aufgaben wie Berichterstattung, Einleitung rechtlich relevanter Schritte (Beschwerde, Klage) und Medienarbeit notwendig waren. Über 6.000 Freiwillige wurden zwischen Januar und Oktober 2000 von den beteiligten nichtstaatlichen Organisationen geschult. Dazu gehörten das belarussische Helsinki-Komitee, die Nationale Wählergemeinschaft („*Republican Club of Voters*“), die freien Gewerkschaften, eine Frauenorganisation, die auf regionalem Gebiet tätige Lew-Sapiega-Organisation sowie die nicht registrierte Wählerorganisation „Demokratie und Freie Wahlen“, die von dem Vorsitzenden des Zentralen Lenkungsausschusses, Metscheslaw Grib, geleitet wurde. In Verbindung mit den Wahlen wurde durch die OSZE-Mission erstmals in einem Nachfolgestaat der Sowjetunion innerhalb der sich entfaltenden Zivilgesellschaft - oft auch Bürgergesellschaft genannt - eine öffentliche Aufgabe von einer Gesamtorganisation mit dem Ziel durchgeführt, nicht das Ergebnis für bestimmte Kandidaten zu ermitteln, sondern eine objektive Berichterstattung über die Durchführung der vom Staat beherrschten Nationalwahlen zu erreichen. Zu den Aufgaben der Beobachter gehörte auch die Einleitung von Klage- und Beschwerdeverfahren im Falle von Verletzungen der Gesetze und Verordnungen im Zusammenhang mit dem Wahlprozess. Die Ergebnisse der umfassenden Wahlprozessbeobachtung wurden in Dokumentationen in russischer, belarussischer und englischer Sprache veröffentlicht.⁷

Aus der Sicht der OSZE-Mission liegt die größte Bedeutung des Aufbaus eines landesweiten einheimischen unabhängigen Netzwerkes von ausgebildeten und motivierten Wahlbeobachtern in der Schaffung basisdemokratischer Strukturen, in denen Demokratie nicht nur gepredigt und in Bekenntnissen zum Ausdruck gebracht wird, sondern auch ein konkreter und gleichzeitig Mut und Engagement erfordernder Beitrag zur Kontrolle der Handlungen des autoritären Staates auf dem wichtigsten Gebiet - dem der Wahlen - für jedermann sichtbar geleistet wird. Ganz unmittelbar, gleichsam konkret fassbar, entsteht eine glaubwürdige Alternative zum autoritären Staat. Diese Struktu-

7 In mehreren anderen Ländern hatten die amerikanischen nichtstaatlichen Organisationen NDI (*National Democratic Institute*) und IRI (*International Republican Institute*) die Durchführung der unabhängigen einheimischen Wahlbeobachtung unterstützt. Die USA traten jedoch in Belarus für den Boykott der Parlamentswahlen im Jahre 2000 ein und unterließen es deshalb auch, eine einheimische Wahlbeobachtung zu organisieren.

Bei den Präsidentschaftswahlen im September 2001 kam es dann aber zu einer im Ganzen befriedigenden Zusammenarbeit der OSZE-Mission in Belarus mit NDI bei der Planung und Durchführung der Wahlbeobachtung durch einheimische nichtstaatliche Organisationen. Mehr als 20.000 Belarussen wurden auf einen Einsatz vorbereitet; 4.000 zogen sich unter dem Druck des Staatsapparates zurück. Mehreren Tausend Wahlbeobachtern wurde am Vorabend der Wahlen die Zulassung als Wahlbeobachter entzogen. Da die belarussische Zentrale Wahlkommission angesichts der schlechten Erfahrungen bei den Parlamentswahlen im Jahre 2000 alle Fälschungen bei der Stimmenauszählung vor Bekanntgabe der Wahlergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken durch die örtlichen Wahlkommissionen vornehmen ließ, konnten die unabhängigen Wahlbeobachter nur die sichtbaren Manipulationen feststellen, nicht aber die Manipulation der Auszählung selbst.

ren sind natürlich verwundbar und müssen immer wieder erneuert werden. Es hat sich gezeigt, dass Jugendorganisationen in zunehmendem Maße auf diesem Gebiet ein dankbares, konstruktives Betätigungsfeld sehen. So wächst eine neue, hoffnungsvolle Generation heran. Präsident Lukaschenko erklärte nach den Wahlen im September 2001, er wisse, er habe die Wahlen bei der Jugend verloren.

Unterstützung politischer Strukturen der Zivilgesellschaft durch die europäischen Institutionen - eine unerlässliche, aber umstrittene Strategie

In Staaten, die sich der Durchführung demokratischer Reformen nach dem Vorbild der OSZE-Standards widersetzen, haben sich die OSZE-Einrichtungen, vor allem das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), bei der systematischen Förderung der mit Wahlbeobachtung befassten nichtstaatlichen Organisationen bislang zurückgehalten. Belarus bildet eine Ausnahme. In der Regel ist die OSZE nur in den Ländern, in denen es darum geht, nach der Bildung demokratischer Regierungen auch einheimische Wahlbeobachtung zu organisieren, wie z.B. in Kroatien, Bosnien und Herzegowina oder im Kosovo, direkt mit der Steuerung dieser Prozesse befasst.

Eine andere Problematik wird in Verbindung mit der Entwicklung demokratischer Strukturen in der Zivilgesellschaft der Transformationsländer allerdings deutlich: Wer je einer internationalen Konferenz von Geberorganisationen für die Transformationsländer beigewohnt hat, wird erkennen müssen, dass die lobenswerte, wertvolle und auch unersetzliche Förderung dieser vielen Gruppierungen durch Westeuropa und Nordamerika in dem jeweiligen Transformationsland nicht als eine kohärente Konzeption erscheint, sondern als ein wirres Durcheinander gut gemeinter, oft auch sich überschneidender Initiativen, die hilfreich sein können, denen aber eine politische Gesamtstrategie fehlt. Gelegentlich treten einander widersprechende politische Strategien in Erscheinung, z.B. für oder gegen den Boykott von Nationalwahlen oder für oder gegen die Einbeziehungen von Regierungsvertretern in Programme der ausländischen Förderorganisationen. Das ist verständlich, zieht aber zwangsläufig den Ruf nach einer einheitlichen politischen Konzeption der europäischen Institutionen und der transatlantischen Partner nach sich. Hier scheiden sich die Geister - besser gesagt, hier schieden sich die Geister in der Vergangenheit. Hatten die nationalen Regierungen - und auch die für Demokratieförderung zuständige Abteilung der Europäischen Kommission - keine Schwierigkeiten, Mittel für den Aufbau von landesweiten Strukturen der Zivilgesellschaft für die Durchführung der unabhängigen Wahlbeobachtung bereitzustellen, so sieht es bei der Gretchenfrage anders aus: Sind die europäischen Institutionen bzw. die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten bereit, die demokratische Alternative innerhalb der Zivilgesellschaft zum autoritären

Regime systematisch zu finanzieren - oder zumindest ihre Auslandsaktivitäten und gemeinsame innenpolitische Aktionen wie Konferenzen und Kongresse über Sachfragen mit den jeweils interessierten sozialen Strukturen des Landes, bei denen ja die Masse der Wähler organisatorisch angesiedelt ist? Historische Beispiele sind in Erinnerung zu rufen, vor allem die Unterstützung, die in den siebziger Jahren den demokratischen „Alternativen“ in den autoritär geführten Mittelmeerstaaten Spanien, Portugal, Griechenland (zu Zeiten der Herrschaft der Obristen) und in der Türkei (zur Zeit der Militärherrschaft) sowie noch in jüngster Zeit in dem von Milošević beherrschten Jugoslawien gewährt wurde.

Angesichts der unbestrittenen Tatsache, dass in den Präsidentsystemen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion allenfalls eine staatlich gesteuerte Zivilgesellschaft gewünscht und daher gefördert wird, kaum aber (vielleicht, ganz vielleicht mit Ausnahme der Russischen Föderation und natürlich der baltischen Republiken, die jedoch „in einer anderen Liga spielen“) eine Zivilgesellschaft offiziell unterstützt wird, die unabhängig vom Staat ihre politischen Strukturen finanziert und eine für den Wähler glaubwürdige politische Alternative darstellen kann, stellt sich die Frage, ob und gegebenenfalls auf welche Art und Weise internationale Organisationen, vor allem aber die europäischen Institutionen, die Bildung von politisch handlungsfähigen, der Demokratie als Wertesystem verpflichteten Strukturen der Zivilgesellschaft fördern können. Erst wenn wir die Entwicklung handlungsfähiger politischer Strukturen in den Zivilgesellschaften der Nachfolgestaaten der Sowjetunion beobachten können, die einen gemeinsamen Kandidaten in die alles entscheidenden Präsidentschaftswahlen schicken können und die mit der jeweils optimalen Strategie ihre Beteiligung an Parlamentswahlen planen, ist mit gutem Grund davon zu sprechen, dass demokratische Strukturen Einzug in die Nachfolgestaaten gehalten haben. Bis dahin herrscht eine zum Autoritarismus tendierende, von der „Partei der Macht“, vom Präsidentsystem selbst geformte „Präsidentschaftsdemokratie“, die Kräfte des Landes kooptiert und Nachfolger aus den eigenen Reihen aufbaut. In einer solchen Konstellation gerät die Rechtsprechung in Gefahr, durch die Exekutive kompromittiert zu werden. Die Legislative läuft Gefahr, zum Lakaien der Exekutive zu werden oder in dieser Rolle zu verharren. Es ist ganz offensichtlich, dass die Aufgabe der Unterstützung des politischen Emanzipationsprozesses der Zivilgesellschaft vom autoritären Staat nicht von den zahllosen international operierenden oder national gestützten nichtstaatlichen Organisationen und Stiftungen bewältigt werden kann. Auch die OSZE, die (mit wenigen Ausnahmen) auf dem Konsens aller Beteiligten beruht, ist dazu nicht in der Lage - jedenfalls in der Regel nicht. Diese Aufgabe muss von den europäischen Institutionen gemeinsam und in abgestimmter Form - von der Europäischen Union und vom Europarat sowie von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE - vorrangig angenommen und in Kooperation mit den entsprechenden Strukturen der USA und Kanadas durchgeführt werden. Natürlich werden die Regierungen

und Institutionen nicht selbst als Agenturen tätig werden. Es bedarf der Mittlerstrukturen.

Unter exzeptionellen Umständen konnte diese Funktion in der Zeit von 1997 bis 2001 weitgehend von der OSZE-Berater- und -Beobachtergruppe in Belarus wahrgenommen werden.

Es ist gewiss kritisch zu hinterfragen, ob die internationale Finanzierung einer politischen Alternative in einem autoritär regierten, das Recht beugenden Staat, wie es in Belarus der Fall ist, überhaupt in Erwägung gezogen werden sollte. Menschen und Organisationen jedoch zum Engagement für die Demokratie zu ermutigen, ohne ihnen die Mittel an die Hand zu geben, um handlungsfähige Strukturen aufzubauen und Programme zu finanzieren, muss vom ethischen und moralischen Standpunkt aus als zweifelhaft und im praktischen Sinne als unergiebig angesehen werden. Demokratie kann nicht nur eine Sache des Bekenntertums sein, sondern sie ist ein Leitfaden für die Praxis, um dem Recht zur Geltung zu verhelfen, dem Machtmissbrauch Einhalt zu gebieten, Machtausübung zu einer Vertrauenssache auf der Grundlage von Kontrolle und von freien und fairen Wahlen zu machen und Menschen zum Engagement in Kommune, Region and Nation und darüber hinaus zu gewinnen.

Insbesondere wenn solche Mittel über die europäischen Institutionen bereitgestellt werden, also keine nationale Machtpolitik dahinter stecken kann, sondern die Forderung nach regionaler Zusammenarbeit auf der Grundlage von Dokumenten, die alle Länder - auch Belarus - sich zu Eigen gemacht haben, müssen die geltend gemachten Zweifel als unbegründet zurückgewiesen werden. Der autoritäre Staat zögert ja auch nicht, seine finanziellen Mittel ohne Haushaltskontrolle für seine Zwecke einzusetzen und auch Firmen - ausländische wie einheimische - am Präsidentschaftswahlkampf finanziell zu beteiligen.

Die für die belarussischen Wahlbeobachtungsorganisationen in den Jahren 1999-2001 international zur Verfügung gestellten Mittel sind nachweislich korrekt abgewickelt worden. Eine Dokumentation über die Durchführung der Wahlbeobachtung und über die getroffenen Feststellungen (Verletzungen der Vorschriften für den Wahlkampf und Manipulation der Ergebnisse) liegt ebenfalls in erdrückendem Ausmaß für die Parlamentswahlen im Jahr 2000 und für die Präsidentschaftswahlen von 2001, beispielhaft auch für die Kommunalwahlen von 1999 vor. Im Jahr 2000 gelang bei den Parlamentswahlen der Nachweis, dass die für die Gültigkeit der Wahl notwendige Beteiligung von 50 Prozent der registrierten Wähler in mehr als 30 Wahlkreisen nicht erreicht worden war. Die Regierung bzw. die Zentrale Wahlkommission hatte dies nur für 13 Wahlkreise festgestellt.

Die ordnungsgemäße Nutzung der internationalen Mittel, die der Wahlkampforganisation des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der breiten demokratischen Koalition, Wladimir Gontscharik, im Jahre 2001 zugeflossen waren, wurde von innenpolitischen Gegnern, also auch von der Regierung, in

Zweifel gezogen. Missbrauch kann nie ausgeschlossen werden. Nach Einschätzung der OSZE-Berater- und -Beobachtergruppe wurden die Mittel jedoch ordnungsgemäß verwendet. Da in einem Fall die zugesagten Mittel schließlich doch nicht bereitgestellt wurden, konnte finanziellen Verpflichtungen gegenüber Wahlkämpfern nicht zügig nachgekommen werden. Das hatte böses Blut gegeben und Zweifel an der korrekten Abwicklung der Finanzen aufkommen lassen. Der Vorwurf des „Missbrauchs von Wahlkampfmitteln“ wird im politischen Kampf aber auch dann benutzt, wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass er berechtigt ist.

Die Haltung der Oppositionsparteien zu den Positionen der europäischen Institutionen blieb lange Zeit schillernd. Einerseits schuf die regelmäßige und andauernde Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Konsultativrat der politischen Oppositionsparteien ein Mindestmaß an gegenseitigem Vertrauen und eine Plattform für die Herstellung von Einvernehmen über Positionen gegenüber den belarussischen Staatsstrukturen und die Haltung zu den europäischen Institutionen. Andererseits erschien dieser Rahmen den Parteien jedoch nicht ausreichend, um ihre innenpolitischen Strategien abzustimmen und unter Beteiligung von Delegierten aus allen Landesteilen öffentlich zu vertreten. Dazu wiederum diente der „Rat der demokratischen Kräfte“, in dem Parteien wie die Belarussische Volksfront und die Vereinigte Bürgerpartei sowie nichtstaatliche Organisationen wie die Charta 97 und die Vereinigung der demokratischen nichtstaatlichen Organisationen das Wort führten und beispielsweise die Boykott-Politik bei den Parlamentswahlen 2000 durchsetzten. Diesem Druck entzogen sich einige Vertreter der Vereinigten Bürgerpartei (Wladimir Nowisiad, Vorsitzender des Jugendverbandes der Bürgerpartei) und die Sozialdemokraten unter der Führung von Nikolai Statkewitsch. Daneben strebte eine große Zahl angesehener oder ambitionierter Staatsbürger eine „unabhängige“ Kandidatur in den Parlamentswahlen an, um die Vertreter der Staatsmacht auszuschalten. In vielen Fällen wurden sie von staatlichen Stellen unter Androhung negativer Folgen für ihre berufliche Lage - zu ihnen gehörten Lehrer, Unternehmer, Ärzte und Arbeiter - zur Aufgabe dieser Bestrebung gebracht.

Bei den Parlamentswahlen 2000 waren alle Parteien Verlierer. Lukaschenko honorierte den mutigen Schritt der Sozialdemokraten und der Liberalen nicht, die sich gegen die vorherrschende Meinung der radikaleren Opposition zur Wahlbeteiligung entschlossen hatten, wie es auch zahlreiche parteilich nicht gebundene, unabhängige Kandidaten taten, die ihre Kandidatur gegen den Staatsapparat betrieben. Über 200 im wahrsten Sinne unabhängige Kandidaten und die meisten der Kandidaten, die demokratischen Parteien angehörten, wurden entweder bereits in der Registrierungsphase mit fadenscheinigen Begründungen oder aber im Zuge der Manipulationen der Stimmenauszählung eliminiert. Damit verspielte Lukaschenko die Möglichkeit, ein Parlament zu bekommen, das mit einer etwa 15- bis 20-prozentigen Präsenz von Regime-

gegnern auf internationaler Ebene gewiss ein erhebliches Maß an Anerkennung und Ermutigung erfahren hätte.

Der Bruch zwischen den Befürwortern und Gegnern des Boykotts der Parlamentswahlen wurde auch bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2001 nicht völlig überwunden, an denen dennoch alle Parteien entweder durch die Unterstützung eines eigenen Kandidaten oder diejenige des gemeinsam ermittelten Koalitionskandidaten aktiv teilnahmen. Nach den Präsidentschaftswahlen entflammte zwischen den politischen Parteien eine Debatte um Schuldzuweisungen wegen der angeblichen Niederlage. Das mutet seltsam an, wusste doch jeder, dass die amtlichen Wahlergebnisse grob gefälscht und dem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der politischen und sozialen Opposition nach Umfragen zwischen 30 und 40 Prozent der Stimmen zugefallen waren.

Die immer wieder demonstrierte mangelnde Bereitschaft des Lukaschenko-Regimes, einen Reformkurs in Richtung auf das europäische „Demokratie-modell“ einzuleiten, ist sicherlich nicht nur auf das dem autoritären System inhärente Streben nach Machterhalt zurückzuführen, sondern auch auf die weiterhin gehegte Zielsetzung, in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ebenfalls autoritäre Systeme etabliert zu sehen, die - gestützt auf Zentralwirtschaften - auf diesem Wege einen international relevanten machtpolitischen Block wiederherstellen könnten, der eine eigenständige Bedeutung haben würde - auch als Gegengewicht zu den Interessen des Westens. Lukaschenko weiß sich darin einig mit den nationalistischen und den kommunistischen Eliten in der Russischen Föderation, die den Westkurs Präsident Putins mit Misstrauen beobachten - einen Westkurs, dessen Ziel es zu sein scheint, innerhalb der westlichen Welt durch Wettbewerbsfähigkeit und Unentbehrlichkeit an Status und Bedeutung zu gewinnen, gleichzeitig aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Potentiale Russlands zu entfalten und Wohlstand herbeizuführen.

Auch im Verhältnis zu Russland zeigt Lukaschenko in wirtschaftlichen und monetären Fragen keine Reformbereitschaft. Immer wieder wird in den Unionsverträgen und entsprechenden Einzelabkommen auf die Notwendigkeit der Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik hingewiesen, jedoch mangelt es an der Umsetzung (Privatisierung, marktwirtschaftliche Reformen, nicht an Planzahlen orientierte Produktion von Gütern, Freigabe von Preisen für landwirtschaftliche Produkte, Herstellung von Rechtssicherheit im Markt und für die wirtschaftlichen Abläufe).

Immer wieder - vor und sogar noch nach den Präsidentschaftswahlen - kündigte Lukaschenko die Liberalisierung des politischen Systems und der Wirtschaftspolitik an, jedoch blieb es bei den verbalen Zusagen. Die Substanz der Wirtschaft, der Kapitalgüterstock, wird nicht erneuert. Gleiches gilt für die fehlende Orientierung der Produktion am Markt - d.h. Verzicht auf neue Produkte. Die belarussische Wirtschaft lebt von der Substanz und von den russischen Subventionen, vor allem auf dem Energiesektor.

Die Schlussfolgerung lautet: Das Lukaschenko-Modell des autoritären Staates, der staatlich gelenkten Gesellschaft sowie des staatlich kontrollierten Bürgers hat bislang den Test seiner Reform- und Transformationsfähigkeit und -bereitschaft nicht bestanden. Die politische Lebensfähigkeit des Systems hängt von seiner fortdauernden Duldung und Stützung durch die Führung der Russischen Föderation und anderer GUS-Staaten sowie von der Entschlossenheit der Lukaschenko-Regierung ab, bei der Unterdrückung der demokratischen Entwicklung auch stets die Machtmittel des Staates und der Wirtschaft einzusetzen.

Die Emanzipation der zivilen Gesellschaft und des Bürgers vom autoritären Staat in Belarus

Der 12. Oberste Sowjet der Republik Belarus war noch unter den Rahmenbedingungen des Reformsystems Präsident Gorbatschows im Jahre 1990 gewählt worden. Ein Teil der Abgeordneten wurde in den Wahlkreisen - ohne Angabe ihrer Parteizugehörigkeit - gewählt, waren also „unabhängige Kandidaten“, die eine bestimmte Zahl von Unterschriften hatten sammeln müssen. Ein anderer Teil der Abgeordneten wurde von den Massenorganisationen, u.a. von den Parteien, aber auch von der russisch-orthodoxen Kirche, den Gewerkschaften, den Streitkräften und den Jugendverbänden, in das Parlament entsandt. Die Kommunistische Partei hatte ihre Monopolstellung verloren.

Die Strukturen der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen sowie die staatliche Kontrolle über die Betriebe blieben auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhalten. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets übte die Funktion des Staatsoberhauptes aus, ohne jedoch die Kontrolle über die Exekutive zu besitzen, die - vertreten durch den Ministerpräsidenten - der parlamentarischen Mehrheit bedurfte. Im Parlament gab es *de facto* eine kommunistische Mehrheit, daneben einige Parteien, deren wichtigste in den ersten Jahren der belarussischen Unabhängigkeit die einen anti-russischen Kurs verfolgende Belarussische Volksfront unter Sianon Pasniak war. Staatswappen und Staatsflagge entsprachen den Symbolen des früheren weißrussisch-litauischen Staates, der 1918 für kurze Zeit bestanden hatte. Angesichts des Zerfalls der Sowjetunion war die auf die enge Verzahnung mit der russischen Wirtschaft angewiesene belarussische Industrie dem Verfall ausgesetzt; im Westen stieß Belarus im Wesentlichen nur im Zusammenhang mit Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen auf Interesse (Beseitigung aller auf belarussischem Territorium befindlichen Nuklearwaffen/START I, Lissabonner Zusatzprotokoll; Begrenzung konventioneller Streitkräfte/KSE-Vertrag).

Gleichwohl gelang es im Jahre 1994, eine den KSZE-Standards des Kopenhagener Dokuments (Kopenhagener Treffen der Konferenz über die Mensch-

liche Dimension, Juni 1990) und der Charta von Paris (Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, November 1990) entsprechende Verfassung zu verabschieden, die das Prinzip der Gewaltenteilung, vor allem der Unabhängigkeit der judikativen Gewalt, und das Prinzip der monopolfreien Medien in Belarus einführt und verankert. Dieses Verfassungsgebot wurde allerdings bei den elektronischen Medien nicht umgesetzt. In den nachfolgenden Präsidentschaftswahlen im Juni und Juli 1994 setzte sich Lukaschenko im zweiten Wahlgang durch. Er hatte der Korruption im Staat den Kampf angesagt und eine entschieden pro-russische Politik versprochen. Russisch wurde zur zweiten Amtssprache und nach dem Verfassungscoup von 1996 wurden eine den sowjetischen Staatssymbolen (ohne Hammer und Sichel) nachempfundene Flagge und ein entsprechendes Staatswappen mit Motiven aus der Volkskunst eingeführt.

Im Ringen um die Kompetenzkompetenz mit dem Obersten Sowjet (der 13. Oberste Sowjet wurde in den Jahren 1995/1996 gewählt) setzte sich Lukaschenko erst im Wege des manipulierten Referendums über seinen Verfassungsentwurf und denjenigen einer Mehrheit des 13. Obersten Sowjets im November 1996 durch. Ohne Zeitverzug ersetzte Lukaschenko - außenpolitisch gedeckt durch die Russische Föderation - den demokratisch organisierten Staat der Verfassung von 1994 durch einen autoritären Staat. In den Beziehungen zu den europäischen Institutionen kam und kommt es Lukaschenko ausschließlich auf die Anerkennung dieses Staates, seiner Verfassung und des politischen Status quo an, also auf die Anerkennung dieses autoritären, allenfalls noch volksdemokratischen Modells als eine für die europäischen Institutionen akzeptable demokratische Ordnung (akzeptabel im Sinne der Kriterien des Kopenhagener Dokuments über die Menschliche Dimension und der Charta von Paris für eine neue europäische Ordnung nach dem Kalten Krieg). Lukaschenko stützt sich auf die Nomenklatur des vertikal konstruierten Staatsapparates und der staatlichen Betriebe. Auf dem Lande gibt es analog dazu Kolchosunternehmen mit vom Staat ernannten Direktoren. Dazu treten die gesellschaftlichen Massenorganisationen, in denen nach sowjetischer Tradition alle Bürger berufs- oder statusbezogen formal organisiert sind und bei besonderen Anlässen (Wahlen, organisierte Demonstrationen) Weisungen erhalten, denen sie - zumeist ohne innere Überzeugung - Folge leisten, sowie die Arbeiterkollektive und die landwirtschaftlichen Kollektive. Letztere entstanden in der Sowjetunion während der Ära Gorbatschow und sollten ein Gegengewicht zu den Gewerkschaften schaffen.

Auf Grund der gesetzlichen Regelungen über die Registrierung gesellschaftlicher Organisationen, zu denen politische Parteien, Gewerkschaften und klassische nichtstaatliche Organisationen mit spezifischen, selbstgewählten Aufgaben - seien es Menschenrechtsorganisationen, Sportvereine oder Briefmarkensammler - zu rechnen sind, haben es die staatlichen Behörden in der Hand, alternative politische Strukturen zu unterbinden, einzuengen und ihre landesweite Ausbreitung zu verhindern. Bei der Fülle formaler Voraussetzun-

gen, die zu erfüllen sind, und angesichts der Schwierigkeiten bei der Finanzierung bleiben die Strukturen in administrativer Abhängigkeit von den Behörden oder sind zu Handlungen gezwungen, die in den Augen der Behörden gesetzeswidrig sind. Hotels und Vermietern - oft genug staatliche Einrichtungen - wird bedeutet, bestimmten Parteien und Vereinigungen keine Tagungsräume zur Verfügung zu stellen oder Büroräume zu vermieten. Fabrikdirektoren wurden entlassen, weil sie dem Gegenkandidaten die Möglichkeit zum Gespräch mit den Arbeitern gegeben hatten.

Vor diesem Hintergrund gingen die politischen Parteien „auf die Straße“, um gegen den Willkürstaat zu demonstrieren - aber die Massen blieben aus, da sie ja von den staatlich gesteuerten Organisationen dirigiert werden, die auch auf die Weiterbeschäftigung von Menschen in staatlichen Strukturen Einfluss nehmen können. Da in dem durchorganisierten autoritären Staat logisch betrachtet kein Raum für politische Parteien ist, also auch kein Raum für eine politische Opposition, sondern allenfalls für eine konstruktive Opposition innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, muss jeder Versuch, solche politischen Strukturen zu schaffen, dazu führen, dass die außerhalb des staatlichen und staatlich-gesellschaftlichen Rahmens bestehenden politischen Parteien und Vereinigungen zu Staatsfeinden erklärt oder aber als Sektierer ohne öffentliche Unterstützung diffamiert werden.

Die Regierung erwartete von der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe Korrekturvorschläge für die bestehende staatliche Struktur, jedoch nicht Vorschläge im Sinne des Kopenhagener Dokuments von 1990 zur Gleichstellung der politischen Parteien demokratischer Orientierung mit den vom Staat geschaffenen gesellschaftlichen Einrichtungen als Vehikel der politischen Meinungsbildung im Lande und im Parlament.

Angesichts der Unmöglichkeit, auf dem Wege des „Aufstands der Massen in den Straßen“ oder des direkten internationalen Drucks eine Reform des Staates zu erreichen, zogen die politischen Parteien - in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der europäischen Institutionen - den Schluss, die angestrebten politischen und rechtlichen Veränderungen müssten primär über Wahlen erreicht werden. Die Bemühungen der europäischen Institutionen und der vor Ort tätigen OSZE-Mission richteten sich darauf, Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Wahlen zu erreichen, das Netz einer effektiven einheimischen Wahlbeobachterstruktur aufzubauen und auch die von den europäischen Strukturen vorzubereitende organisierte internationale Wahlbeobachtung auszubauen. Die Vereinigung der mittel- und osteuropäischen Wahlbeamten (*Association of Central and Eastern European Election Officials*, ACEEEO), ein Zusammenschluss von Vertretern nationaler Wahlkommissionen aus mehr als einem Dutzend mittel- und osteuropäischer Staaten, darunter die Russische Föderation, organisierte erstmals bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 eine solche Wahlbeobachtung und publizierte einen durchaus kritischen Bericht über die Wahlen.

Die belarussische Regierung bemüht sich seit längerem darum, durch das BDIMR der OSZE einen Vergleich der Wahlgesetze aller OSZE-Staaten vornehmen zu lassen - in der Hoffnung, den demokratischen Charakter des eigenen Wahlgesetzes nachweisen zu können. Es ist jedoch unbestritten, dass die Durchführung der Wahlen selbst von entscheidender Bedeutung für den demokratischen Charakter einer Wahl ist.

Wahlvorbereitung und Wahlkampf stellen legitime Mittel für die politischen Parteien dar, an den Bürger heranzutreten und auf seine Meinungsbildung einzuwirken. Zwar sind die finanziellen Mittel, die dafür bereitgestellt werden, gering, doch gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, diese Beschränkungen zu umgehen. Manchmal gelingt das allerdings nicht. Angesichts der Dominanz des staatlichen Fernsehens und Rundfunks sowie der staatlichen Presse - im Vergleich zu der geringen Auflage der unabhängigen, im Grunde der Opposition zuzurechnenden Presse - sind die Möglichkeiten normalerweise recht begrenzt, den durch den Staat organisierten Wähler zu erreichen. Von hoher psychologischer Bedeutung ist hier die Art und Weise, wie die russischen Fernsehstationen berichten, die in Belarus ein relativ hohes Ansehen genießen - jedenfalls sind sie beliebter als das staatliche belarussische Fernsehen. Kritische Berichte der Moskauer Fernsehstationen über Belarus und insbesondere über die Person Lukaschenkos und seine Politik finden große Beachtung und werden als Indikatoren für die Haltung der russischen Regierung gegenüber Lukaschenko angesehen. Im November 2000 wurde ein Bericht des staatlichen russischen Fernsehsenders ORT über die verschwundenen belarussischen Politiker Juri Sacharenko, Wiktor Gontschar und Anatoli Krasowski ausgestrahlt. Häufiger wird über den im Jahre 2000 verschwundenen Fernsehkameramann Dmitri Sawadski berichtet, der für ORT gearbeitet hat. Die russische Regierung hätte bei den so wichtigen Präsidentschaftswahlen im September 2001 durch eine ausgewogene Berichterstattung über die Kontrahenten, die Regierung und die Opposition viel dazu beitragen können, faire Wahlen zu erreichen. Sie hat die ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten jedoch nicht dazu genutzt, durch ihre eigenen Fernsehstationen die Regierung und die Wahlkommission zu einem fairen Verhalten in den Wahlen zu bewegen - ganz zu schweigen von der Möglichkeit, den Gegenkandidaten der Koalition, den Gewerkschaftler Gontscharik, direkt zu fördern. Immerhin wurde er von den russischen Gewerkschaften gestützt. Wieder einmal zeigte sich, dass Moskau eher die Last eines weitgehend in der Hand Moskaus befindlichen autoritären Staatschefs in einem Land von besonderem Interesse für Moskau auf sich nimmt, als für einen Wechsel einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist es für die demokratischen Kräfte und die in Opposition zum System stehenden gesellschaftlichen Organisationen notwendig, die Kohäsion der Allianz der politischen Oppositionsparteien so zu stärken, dass sie auch in Moskau als glaubwürdige Alternative vor oder nach einem Wahlkampf akzeptiert wird. Im Präsidentschaftswahlkampf 2001 ist dies definitiv nicht geschehen.

Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2001 haben die politischen und sozialen Gruppierungen erhebliche Fortschritte in ihren Bemühungen gemacht, einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Präsidenten zu ermitteln, ihn aufzustellen, registrieren zu lassen und in den Wahlkampf zu schicken. Die Parteien - ausgenommen die Kommunisten und die Liberaldemokraten - stimmten darin überein, dass kein Parteichef innerhalb der kleinen Gruppe von Kandidaten antreten sollte. Sergei Kaljakin (von der Kommunistischen Partei) und der Vorsitzende der Liberaldemokraten, Sergei Gaidukewitsch, taten es dennoch. Die Koalitionspartner verständigten sich darauf, dass alle Kandidaten einen Antrag auf Registrierung stellen sollten und dass im Lichte der Registrierung und der allgemeinen Umstände zu Beginn der heißen Wahlkampfphase innerhalb der Koalition die Entscheidung über den Kandidaten getroffen werden sollte, mit dem die Koalition - die demokratischen Parteien und die gesellschaftlichen Organisationen hinter dem Gewerkschaftskandidaten - in die Endphase des Wahlkampfes eintreten würde. Die politischen Parteien wurden konsultiert und stimmten der in Aussicht genommenen Entscheidung zu. Da jedoch der Aspirant Semjon Domasch - ein Mann des rechten Lagers - seine Kandidatur erst relativ spät zurückzog, konnte es keine wirklich effektvolle Wahlkampagne für Gontscharik geben. Auch unterstützten die anderen Koalitionspartner Gontscharik nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang. Es fehlte ein durchgreifender Wahlkampfmanager, wahrscheinlich mangelte es auch an entsprechenden finanziellen Mitteln.

Da die Protokolle der über 6.500 Wahllokale erst veröffentlicht wurden, nachdem alle noch erforderlichen Manipulationen durchgeführt worden waren, konnte es kein Ergebnis des „parallelen Prozesses der Stimmenauszählung“ durch die nichtstaatlichen Organisationen geben, das von irgendeiner Bedeutung gewesen wäre. Die Manipulation wurde nicht durch die Zahlen, sondern durch die von den Wahlkommissionen angewandten Verfahren nachgewiesen. Nach den Meinungsumfragen vor, während und nach den Wahlen hat Gontscharik etwa 30 bis 40 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Lukaschenko reklamierte hingegen 75,5 Prozent für sich, Gontscharik wurden etwas über 15 Prozent aller abgegebenen Stimmen eingeräumt und Gaidukewitsch erhielt offiziell 2,5 Prozent der Stimmen.

Nach den Wahlen musste Gontscharik unter massivem Druck der Regierung von seiner Funktion als Vorsitzender der Vereinigung der (staatlichen) Gewerkschaften zurücktreten; mit Franz Witko folgte ihm ein gegenüber der Regierung ebenso kritischer Funktionär im Vorsitz, während Gontscharik nun die Arbeit der Gewerkschaften aller Mitgliedstaaten der GUS koordinieren soll. Die „offiziellen“ Gewerkschaften, die sich einer schließlich erfolgreichen Klage der Freien Gewerkschaften von Belarus und des Internationalen Verbandes der Freien Gewerkschaften bei der ILO wegen unerlaubter Regierungsinterventionen in die gewerkschaftlichen Rechte angeschlossen

hatten, sind ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass auch in geschlossenen autoritären Staatsstrukturen der politische Gegensatz von „offiziellen“ Organisationen zum herrschenden Regime in gewissen Grenzen möglich ist. Eine ähnliche Entwicklung hat der studentische Jugendverband - von einer Staatsorganisation zu einer Dissidentenorganisation - durchlaufen.

Dem Präsidenten lagen vor den Wahlen Berichte über den Niedergang seines Ansehens in der Bevölkerung vor. Lukaschenko musste daher alles daran setzen, seinen Sieg durch Manipulation sicherzustellen. Nach den Wahlen unternahm er darüber hinaus mehrere Säuberungsaktionen innerhalb der Nomenklatur, insbesondere unter den „Industriebossen“, um seine Gegner zu bestrafen und zu schwächen.

Die Regierung hat sich in den Wahlen „nach sowjetischer Art“ durch Manipulation, Einschüchterung und Machtmissbrauch behaupten können. Die neue Amtszeit des Präsidenten ist auch nicht von einem politischen Aufbruch gekennzeichnet, sondern vom Rachezug gegen Dissidenten und von der Absicherung der eigenen Positionen. Von den Versprechungen einer liberalen politischen Reform, vor allem hinsichtlich der Rechte des Parlaments, und von Reformen im wirtschaftlichen Bereich ist nur noch gelegentlich und in sehr abgemilderter Form die Rede. Im Verhältnis zu Moskau steht die Frage der Emission einer geplanten gemeinsamen Währung durch eine oder zwei Zentralen im Vordergrund - eine Frage von immenser Bedeutung für die derzeitige zur Absicherung der Präsidialmacht unverzichtbare Wirtschaftspolitik Lukaschenkos. Das gilt auch für sein Ziel, bei der Übernahme von Unternehmen durch russisches Kapital die politische Kontrolle über die Unternehmen und ihre Unternehmenspolitik zu behalten. Ein neuer Unionsvertrag dürfte in absehbarer Zeit abgeschlossen und möglicherweise vom Präsidenten für ein Referendum genutzt werden, mit dem auch eine dritte Amtsperiode Lukaschenkos „legalisiert“ werden könnte. Dafür gibt es im Kreis der GUS-Mitgliedstaaten unrühmliche Vorbilder (Moldau, Usbekistan, Turkmenistan). Die Koalition der fünf Kandidaten, die ihre Registrierungsanträge für die Präsidentschaftswahlen eingereicht hatten, besteht nicht fort. Die Initiative und Verantwortung für die Strategie der politischen und sozialen Opposition ist in die Hände der politischen Parteien und des Konsultativrats der politischen Oppositionsparteien zurückgefallen. Da die Amtszeit des 13. Obersten Sowjet im Januar 2001 abgelaufen ist, betrachten die europäischen Institutionen dieses einst demokratisch gewählte Organ als nicht mehr existent, obwohl das Verfassungsgericht in einem Rechtsstreit zwischen dem 12. und dem 13. Obersten Sowjet entschieden hatte, dass der scheidende Oberste Sowjet im Amt bleibt, bis ein neues Parlament über ein Quorum verfügt. Daraus leitet die Opposition ab, dass es mangels demokratischer Wahlen bislang kein Nachfolgeparlament für den 13. Obersten Sowjet gibt.

Die europäischen Institutionen verlangen für die Anerkennung des im Jahre 2000 gewählten Parlaments bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bzw. für die Wiederzuerkennung des besonderen Gaststatus beim Eu-

roparat die Stärkung der Parlamentsrechte, den regelmäßigen Zugang der Opposition zu den staatlich kontrollierten Massenmedien, die demokratische Reform des Wahlrechts und die Einstellung der Verfolgung politischer Gegner mit strafrechtlichen Mitteln. Bislang sind solche Schritte nicht eingeleitet worden. Auch die Maßnahmen der Europäischen Union aus dem Jahre 1997, die Einschränkungen in den Beziehungen zur Folge hatten, können erst revidiert werden, wenn sich Belarus in dem hier angesprochenen Sinne nachhaltig auf eine Demokratie nach OSZE-Standards zubewegt hat.

Vor diesem Hintergrund muss mit einer längeren Phase von Spannungen zwischen den europäischen Institutionen und Belarus gerechnet werden. Umso wichtiger ist es für die Oppositionsparteien, ihre Geschlossenheit auf der internationalen Bühne zu unterstreichen und ihre Fähigkeit, in zukünftigen Wahlen eine gemeinsame Strategie anzuwenden, zu erhöhen. Diese mag auch - beispielsweise bei den Kommunalwahlen im Jahre 2003 - darin bestehen, in mehreren Gruppen um Mandate zu kämpfen. Angesichts der fortbestehenden Kontrolle des Staates über alle großen gesellschaftlichen Organisationen wird es auch für die Opposition von Bedeutung sein, in Podiumsdiskussionen und im Dialog mit den verschiedenen sozialen Kräften des Landes glaubhafte Alternativen zur Politik der Regierung in den internationalen Beziehungen und in den Bereichen Wirtschaft, soziale Sicherheit, Kultur und Erziehung mit langfristigen Zielsetzungen zu präsentieren.

Es wird auch wichtig sein, gemeinsame Strukturen für bestimmte Aufgaben, beispielsweise einen Informations- und Pressedienst, ein leistungsfähiges Sekretariat sowie Organe für gemeinsame Planungsaufgaben (Programmarbeit) und für gemeinsame Aktivitäten auf der internationalen Bühne, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte, zu schaffen. Diese Aufgabenstellungen gehen über die Aufgaben der Expertengruppen, die es schon seit mehreren Jahren in Anlehnung an den Konsultativrat gibt (Medienfragen, Rechte des Parlaments, Wahlrecht), hinaus.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Rivalitäten auf beiden Flügeln und zwischen den Flügeln des politischen Spektrums - bei den Sozialdemokraten wie bei den Konservativen - der Bewältigung dieser zentralen Aufgabe der Opposition nicht förderlich sind. Bislang ist der Versuch gescheitert, den Konsultativrat der politischen Oppositionsparteien in einen „Rat der demokratischen Parteien“ oder eine „Allianz für Demokratie“ umzuwandeln.

Die politischen Strukturen der politischen und sozialen Opposition innerhalb der belarussischen Zivilgesellschaft bedürfen umfangreicher internationaler Unterstützung.

Die Entwicklung der Öffentlichen Meinung in Belarus

Seit Jahren wird in belarussischen Sozialforschungsinstituten, die internationales Niveau erreichen, die Befindlichkeit der Bevölkerung beobachtet und

analysiert. Wie überall sind die Ergebnisse nicht in sich selbst schlüssig, sondern weisen Widersprüche auf, die auf ein gespaltenes Meinungsbild innerhalb der Bevölkerung schließen lassen. Klar erkennbar sind starke Unterschiede in den Orientierungen der städtischen und ländlichen Bevölkerung sowie zwischen den vom Sowjetsystem geprägten Generationen und den unter 40-Jährigen. Die Eliten des Systems und der Gesellschaft befürworten die Demokratisierung nach europäischen Standards, die Gewaltenteilung zwischen den Schlüsselinstitutionen des Staates (Exekutive, Legislative, Judikative). Sie sprachen sich gegen eine zweite Amtsperiode des Präsidenten aus und schätzten die Bedeutung der Tätigkeit der OSZE-Berater- und -Beobachtergruppe in Belarus sehr hoch ein. Die Eliten suchen gute Beziehungen des Landes zu Moskau und zur Europäischen Union. Die Transformation in eine soziale Marktwirtschaft wird befürwortet. Die Umfrageergebnisse nach den Präsidentschaftswahlen bestätigen, dass etwa 30 bis 40 Prozent des Teils der Bevölkerung, der an den Wahlen teilgenommen hat, für den Kandidaten der Koalition, Wladimir Gontscharik, gestimmt haben. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist davon überzeugt, dass die Wahlergebnisse gefälscht wurden. Etwa 50 bis 55 Prozent der Bevölkerung gaben ihre Stimme für Lukaschenko ab. Im Frühjahr 2002 erreichte die Unterstützung Lukaschenkos in der Bevölkerung einen absoluten Tiefstand. Sie liegt jetzt bei 30 Prozent der Befragten.

Perspektiven und Empfehlungen

1. Die europäischen Institutionen sollten eine Doppelstrategie verfolgen:
 - Im Gespräch mit dem Regime sollte die Bereitschaft zu substantiellen Reformen immer wieder ausgelotet und im Falle wirklicher Fortschritte, aber auch nur dann, eine Statusverbesserung der belarussischen Einrichtungen in den europäischen Institutionen vorgenommen werden.
 - Die demokratischen politischen Strukturen der Zivilgesellschaft sollten systematisch und koordiniert so gefördert werden, dass sie bei Wahlen eine echte Chance haben, den Wähler zu erreichen und die Stimmen der Wähler auch tatsächlich anerkannt und nicht Opfer von Manipulationen werden (unabhängige Wahlbeobachtung, Koalitionsbildung, internationale Präsenz, innenpolitische Handlungsfähigkeit, Basisdemokratie).
2. Die OSZE-Mission wird zwar nicht mehr den Handlungsspielraum haben, den sie während der ersten vier Jahre ihrer Tätigkeit in Belarus hatte - auch wenn das Mandat nicht geändert wird. Ihre Präsenz kann jedoch weiterhin von innenpolitischer Bedeutung sein und sollte daher aufrechterhalten werden. Im Falle der Schließung der Mission durch

Belarus oder ihrer faktischen Eliminierung durch die Verweigerung der Visa für die internationalen Mitarbeiter muss Belarus die gleichen Sanktionen erfahren, wie sie Belgrad im Juni 1992 nach Schließung der KSZE-Mission auf jugoslawischem Territorium durch die jugoslawischen Behörden erfahren musste - nämlich die Suspendierung der Mitgliedschaft in der OSZE. Es wäre auch möglich und politisch sinnvoll, die Tätigkeit der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe außerhalb des Landes fortzusetzen.

3. Belarus genießt in den Kanzleien der europäischen Institutionen und ihrer Mitgliedstaaten heute keine politische Priorität. Damit lassen die europäischen Institutionen Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit ihres Engagements für die Demokratie in allen europäischen Staaten aufkommen. In Belarus exponieren sich Bürger für die Wahrung der Menschenrechte und für die Durchführung von freien und fairen Wahlen. Dieses Engagement gilt es zu würdigen und zu unterstützen.